

1. Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

Die Fahrbahn der Kurt-Schumacher-Straße von Münsterstraße bis Lippebrücke befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand, der sowohl die Sicherheit als auch die Nutzbarkeit für Fußgänger, Fahrradfahrer und Kraftfahrzeuge beeinträchtigt. Darüber hinaus weist der Streckenabschnitt einen schadhafte und erneuerungswürdigen Fahrbahnzustand auf, der im Sinne der Verkehrssicherheit und Wirtschaftlichkeit im Rahmen einer Fahrbahnerneuerung zu beheben ist.

Im Ausbaubereich werden die Asphaltsschichten der Fahrbahn erneuert.

Folgender neuer Oberbau ist auf vorhandener Befestigung zu realisieren:

Kurt-Schumacher-Straße

- 8 cm Asphaltbinderschicht (AC 16 B S)
- 4 cm Asphaltdeckschicht aus splittreichem Asphaltbeton (AC 11 D SP)

Engelstraße

- 8 cm Asphaltbinderschicht (AC 22 T S)
- 6 cm Asphaltbinderschicht (AC 16 B S)
- 3 cm Asphaltdeckschicht aus splittreichem Asphaltbeton (AC 8 D SP)

Merschstraße

- 4 cm Asphaltdeckschicht aus splittreichem Asphaltbeton (AC 11 D SP)

Im Zuge der Fahrbahnerneuerung werden Entwässerungsrinnen punktuell reguliert und im zweiten Bauabschnitt auf einem längeren Teilstück erneuert.

Außerdem werden unterdimensionierte Abdeckungen von Kabelschächten ausgetauscht. Schachtabdeckungen der Mischwasserkanalisation und des Fernwärmenetzes werden nach den Asphaltarbeiten im Bohrverfahren erneuert.

Nach Einbau der Asphaltdeckschicht und vor Verkehrsfreigabe sind die Markierungsarbeiten auszuführen.

2. Angaben zur Baustelle

Die Kurt-Schumacher-Straße befindet sich in Lünen-Nord und verläuft als Teil der B54/B236 zwischen der Münsterstraße und der Lippebrücke, nahe dem Stadtteil Lünen-Mitte. Sie ist eine zentrale Verkehrsader und dient als Hauptverkehrsstraße dem innerörtlichen und regionalen Verkehr. Im Ausbaubereich sind die zweistreifigen Richtungsfahrbahnen baulich voneinander getrennt. Bedingt durch den innerörtlichen Charakter sind viele Kreuzungen mit separaten Abbiegestreifen und Einmündungen vorhanden.

Der Ausbaubereich erstreckt sich von der Münsterstraße bis zur Lippebrücke, einschließlich der Einmündungsbereiche Engelstraße und Merschstraße.

An der östlichen Ausbaugrenze Engelswiese befinden sich das Jobcenter und der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB), der mit dem Hauptbahnhof verknüpft ist. Die hoch frequentierte Fußgängerquerung an der Kreuzung Kurt-Schumacher-Straße/ZOB/Engelstraße dient der direkten Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof und der Innenstadt.

An der östlichen Ausbaugrenze Merschstraße befinden sich das Seniorenzentrum an der Lippe, das Fachärzteezentrum Mersch, die Polizei sowie ein Einkaufszentrum.

Vom Auftraggeber können keine Baustelleneinrichtungsflächen zur Verfügung gestellt werden.

Die Prüfberichte der chemischen Materialuntersuchungen sind den beigefügten Unterlagen zu entnehmen.

Im gesamten Baustellenbereich befinden sich Kabel, Leitungen, Kappen, Schächte, Maste und sonstige Einrichtungen verschiedener Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Dem Bieter wird empfohlen, vor Angebotsabgabe die Örtlichkeit zu besichtigen, um so die Baustellensituation bei der Preisbildung berücksichtigen zu können.
Sämtliche Erschwernisse für die Bauausführung aufgrund der örtlichen Verhältnisse, wie z. B. Einmündungen, Kreuzungen, Fußgängerüberwege, Grundstücksüberfahrten, topografische Gegebenheiten (z. B. Gefällestrecken, beengte Verhältnisse), Bauwerke, Bäume, usw., sind bei der Preisbildung zu berücksichtigen und in die Einheitspreise einzurechnen.

3. Angaben zur Ausführung

Die Durchführung der Fahrbahnerneuerung und die dazugehörige Verkehrslenkung gliedern sich in drei Bauphasen/Bauabschnitte.

Die Bau- und Abschnittsgrenzen können den Lageplanauszügen entnommen werden.
Der Auftraggeber behält sich vor, die Bauabschnittsgrenzen noch zu ändern.

BA 1: Kurt-Schumacher-Straße Richtungsfahrbahn FR Süden und Engelstraße

BA 2.1: Kurt-Schumacher-Straße Richtungsfahrbahn FR Norden (südlich) und Merschstraße

BA 2.2: Kurt-Schumacher-Straße Richtungsfahrbahn FR Norden (nördlich)

Die Durchführung der Fahrbahnerneuerung erfolgt abschnittsweise unter Vollsperrung in Anlehnung an die Regelpläne B I/15 und B IV/1.

Dem schematischen Bauablaufplan sind die Bauabschnitte zu entnehmen.

Bedingt durch diverse Randbedingungen ist folgende Reihenfolge festgelegt worden:
BA 1, BA 2.1 und BA 2.2

Zeitlicher Ablauf

- Baubeginn: 20.07.2026 (Sommerferien 2026)
- Bauzeit: ca. 3,5 Wochen

Der Terminplan ist im Bauablaufplan grob dargestellt.

Vollsperrung und Verkehrsführung (3 Bauabschnitte)

- Vollsperrung BA 1 - BA 2.2 für jeweils 7 Werktage
- Vollsperrung eines Abschnittes bei gleichzeitiger Verkehrsfreigabe des vorangegangenen Abschnittes nach Abstimmung mit der Verkehrsbehörde wegen Lichtsignalanlagen
- Umleitung des Durchgangsverkehrs (IV) mit Hinweistafeln und Schildern
- Umleitung für ÖPNV (ÖV) nach Vorgaben der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU) einschließlich Aufstellen von Halteverbieten im Bahnhofsumfeld und auf Umleitungsstrecken sowie Einrichtung von Ersatzhaltestellen durch die VKU
- Quer- und Längsabsperzung während einer Vollsperrung mit mobiler Absturzsicherung um das jeweilige Baufeld
- Arbeiten Dritter: Induktionsschleifen der Lichtsignalanlagen verlegen
- Arbeiten Dritter: Deckel eines Kabelabzweigkastens austauschen (BA 2.1)
- Quer- und Längsabsperzung während einer Vollsperrung mit mobiler Absturzsicherung um das jeweilige Baufeld

Umleitungsstrecken (IV und ÖV)

- BA 1 gemäß Anlage „Entwurf - Umleitung + Plantafeln - Sperrung FR Nord“
- BA 2.1/2.2 gemäß Anlage „Entwurf - Umleitung + Plantafeln - Sperrung FR Süd“

Bedingt durch andere Baumaßnahmen können die Umleitungsstrecken erst bei der Bauanlaufbesprechung konkret festgelegt.

Die VKU wird den ZOB in der Zeit vom 20.07.2026 bis zum 12.08.2026 (Sommerferien) nicht anfahren und im Bahnhofsumfeld Ersatzhaltestellen einrichten.

Ersatzanlagen (LSA) sind an den Knoten Kurt-Schumacher-Straße / Engelstraße / ZOB (K03) sowie Kurt-Schumacher-Straße / Merschstraße (K03a) vorgesehen.

Die Abschaltung von stationären LSA bzw. mögliche Teilabschaltungen bzw. das Abdecken von Signalgebern wird von der Abt. 4.5 angeordnet und durchgeführt.

Gleichzeitig laufende Arbeiten

Die Induktionsschleifen der Lichtsignalanlagen werden abschnittsweise durch ein vom AG zu beauftragendes Fachunternehmen unter Vollsperrung verlegt und angeschlossen.

Durch die Telekom wird ein schadhafter Deckel eines Kabelabzweigkastens ausgetauscht.

Die Bauarbeiten sind durch den AN so zu koordinieren, dass Behinderungen auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

Eine gesonderte Vergütung infolge eventueller Behinderungen erfolgt nicht.

Kampfmittel

Bei den durchgeführten Luftbildauswertungen / Kampfmittelauswertungen durch den Staatlichen Kampfmittelbeseitigungsdienst wurden für den gesamten Bauabschnitt diffuse Kampfmittelbelastungen durch Bombardierungen nachgewiesen.

Bereits vor einigen Jahren wurden im Nahbereich Blindgängerverdachtspunkte bearbeitet und in diesem Zusammenhang mehrere Blindgänger geräumt. Weitere konkrete Blindgängerverdachtspunkte sind im erweiterten Umfeld noch vorhanden.

Eine Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann jedoch grundsätzlich nicht von der Bezirksregierung gewährt werden.

Dementsprechend sind Erdarbeiten mit der gebotenen Vorsicht durchzuführen. Die Aushubarbeiten sind schichtweise, in Dicken von max. 50 cm, durchzuführen. Bei Ausschachtungsarbeiten ist das Erdreich hinsichtlich Veränderungen, wie z.B. Verfärbungen, Inhomogenitäten u. dgl., zu beobachten. Die Bauarbeiten sind unverzüglich einzustellen, sofern Kampfmittel oder sonstige verdächtige Gegenstände gefunden werden. In diesem Fall sind die zuständige Ordnungsbehörde der Stadt Lünen, Abteilung 4.8 Ordnungsangelegenheiten, die Feuerwehr oder die nächstgelegene Polizeidienststelle unverzüglich zu verständigen.

Weitere Hinweise

Es bleibt dem Auftragnehmer grundsätzlich überlassen, den Bauablauf nach eigenen Vorstellungen - jedoch unter Berücksichtigung der verkehrstechnischen Auflagen der Verkehrsbehörde - in Abstimmung mit der VKU, den zuständigen Fachdienststellen und der Bauleitung durchzuführen.

Sofern sich ein alternativer Bauablaufplan des Auftragnehmers als nicht oder nur bedingt genehmigungsfähig erweisen sollte, können daraus möglicherweise resultierende Mehrkosten dem Auftraggeber gegenüber nicht geltend gemacht werden.

Alle Arbeiten (Vor-, Asphalt- und Nacharbeiten) sind während der Vollsperrung des betreffenden Abschnittes in dem vorgegebenen Zeitraum auszuführen.

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass sämtliche, für die Erteilung einer verkehrsrechtlichen Genehmigung benötigte Unterlagen vollständig und prüffähig rechtzeitig bei den zu beteiligenden Dienststellen eingereicht werden. Bauverzögerungen aufgrund unvollständiger, fehlerhafter oder verspätet eingereichter Unterlagen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Es ist zu beachten, dass Mehrkosten für mehrfache An- und Abtransporte von Geräten und Maschinen bzw. das Umsetzen in der gesamten Bauzeit bei der Preisbildung zu berücksichtigen sind.

Durch verstärkten Personal- und Maschineneinsatz ist der vorgegebene Ausführungszeitraum von 3,5 Wochen (einschließlich aller Wochenenden) einzuhalten. An allen Wochenenden sind Arbeiten durchzuführen. Aufgrund des engen Zeitfensters ist bei den Asphaltarbeiten der Einsatz von mehreren Asphaltfertigern (gestaffelter Einbau heiß an heiß) einzuplanen. Mehraufwendungen, die aus dem erhöhten Arbeitseinsatz entstehen, sind bei der Preisbildung zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

Sämtliche Kosten für Wochenend-, Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit, sowohl im eigenen Betrieb als auch bei Nachunternehmern, Annahmestellen, Lieferwerken und Asphaltmischanlagen sind bei der Preisbildung zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet. Der Asphalteinbau (Fertigereinsatz) am Wochenende wird gesondert vergütet.

Einzurechnen sind ebenfalls behördliche Gebühren für Genehmigungen jeglicher Art.

Mit Auftragserteilung ist vom Auftragnehmer in Abstimmung mit der Bauleitung des Fachbereiches Straßenbau ein Bauzeitenplan zu erstellen.

Der Bauzeitenplan ist ständig zu aktualisieren. Änderungen in der zeitlichen Abfolge sind der städtischen Bauleitung unverzüglich mitzuteilen.

Die Kosten für die Aufstellung und Pflege der Bauzeiten- und -ablaufpläne sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Bei Änderungen des Bauablaufes innerhalb der Kernbaustelle erfolgt keine gesonderte Vergütung für die Verkehrssicherung. Die Vergütung der Verkehrssicherung während des gesamten Ausführungszeitraumes erfolgt über die Pos. 02.10.0010.

Mehraufwand zur Sicherung und Regelung des Anlieger- und Durchgangsverkehrs innerhalb der erweiterten Kernbaustelle ist für die gesamte Bauzeit einzukalkulieren.

Die Absicherung von Baugruben, Aufgrabungen und dgl. obliegt dem Auftragnehmer. Die Bestimmungen der RSA sind einzuhalten.

Baugruben, Aufgrabungen sowie Notgehwege und dgl. sind mit mobilen Absturzsicherungen abzusichern. Es dürfen nur Zaunelemente verwendet werden, die den TL Absperrschranken entsprechen.

Rettungswege für die Feuerwehr sind jederzeit überfahrbar zu halten, zu befestigen und auch von Baustellenfahrzeugen und -maschinen freizuhalten. Dies gilt insbesondere auch für die Zeiten, wenn die Baustelle nicht besetzt ist.

Die Instandsetzungsarbeiten an den Randbefestigungen werden in kleinen nicht zusammenhängenden Längen und Flächen ausgeführt. Mehrkosten sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen.

Wiederverwertbare Straßenbaustoffe sind statt zur Deponie nach Möglichkeit zu einer Aufbereitungsanlage zu fahren. Mehrkosten für die erforderliche getrennte Gewinnung dieser Materialien sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Es erfolgt keine gesonderte Vergütung für das Separieren von Aufbruch- und Ausbau-stoffen jeglicher Art.

Der AN hat mit einem Vorlauf von 2 Wochen dem AG Informationsschreiben als Entwurf zu übergeben. Nach Freigabe durch den Auftraggeber sind diese Anliegerinformationen in den betreffenden Straßenabschnitten zu verteilen.

Die zur Durchführung der Straßenbauarbeiten notwendigen vermessungstechnischen Arbeiten, wie die lage- und höhenmäßige Absteckung der Fahrbahnränder u. dgl. sind vom Auftragnehmer durchzuführen. Die Sicherung übergebener Vermessungspunkte obliegt dem Auftragnehmer. Kosten für Vermessungsleistungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Alle Leistungen umfassen, sofern im Einzelnen nichts anderes angegeben ist, auch die Lieferung der dazugehörigen Baustoffe und Bauteile.

Die im Leistungsverzeichnis enthaltenen Mengenangaben beinhalten die Gesamtmengen für die Gesamtbaumaßnahme. Aufgrund der vorgegebenen Bauphasen und Bauabschnitte werden in den einzelnen Phasen und Abschnitten jeweils nur Teilmengen der ausgeschriebenen Menge ausgeführt.

Dies ist bei der Kalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

Der AN hat für sämtliche von ihm zu liefernde Baustoffe und sonstige Erzeugnisse (z. B. Bordsteine, Betonplatten, Pflastersteine) rechtzeitig die Gütenachweise beizubringen und dem Auftraggeber vorzulegen.

Mehrkosten, die beim Fräsvorgang an der Schichtgrenze durch Schollenbildung und Abplatzungen entstehen, werden nicht gesondert vergütet. Der Mehraufwand ist in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Die beim Fräsen entstehenden seitlichen Kanten in Längsrichtung sind in der Regel senkrecht ausgebildet. Im Gegensatz hierzu kann eine senkrechte Ausbildung der Queranschlüsse in einem Arbeitsgang nicht erreicht werden. Die maschinenbedingte, rund auslaufende Frässpur muss mit einer Kleinfräse oder einem anderen geeigneten Gerät nachgearbeitet werden. Der Mehraufwand ist in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Die nach den anzuwendenden Vorschriften notwendigen Eigenüberwachungsprüfungen sind vom AN auf eigene Kosten durchzuführen. Dem AG ist unmittelbar nach Durchführung der Prüfung eine Ausfertigung der jeweiligen Prüfungsniederschrift auszuhändigen. Bei Prüfungen mit negativem Ergebnis werden die Versuche nach ordnungsgemäßer Durchführung der Leistung wiederholt. Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Durchführung der Eigenüberwachungsprüfungen nicht oder nur unvollständig nach, ist der AG berechtigt, ein Labor seiner Wahl mit der Durchführung der Prüfungen auf Kosten des AN zu beauftragen.

Die von zugelassenen Prüfstellen durchzuführenden Eignungsprüfungen sind spätestens 2 Kalenderwochen vor Beginn des jeweiligen Einbaues dem AG vorzulegen.

Grundsätzlich darf nur Asphaltmischgut einer Mischanlage verwendet werden.

4. Ausführungsunterlagen

Vom Auftraggeber werden keine Höhenpläne und kein Deckenbuch zur Verfügung gestellt. Sofern sich aus den vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen zusätzlicher Rechen- und Vermessungsaufwand ergibt, ist dieser bei der Preisbildung zu berücksichtigen.

Bestandspläne der Ver- und Entsorgungsunternehmen über Kabel, Leitungen und sonstige Einrichtungen sind vom Auftragnehmer selbst bei den jeweiligen Unternehmen zu besorgen. Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Vom Auftraggeber sind Baugrunduntersuchungen durchgeführt worden. Die Ergebnisse der chemischen Untersuchungen sind den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

5. Technische Vorschriften

Die Bauausführung hat in Übereinstimmung mit den einschlägigen Regelwerken und Bauvorschriften in der jeweils gültigen Fassung zu erfolgen. Die entsprechenden Regelwerke sind anzuwenden. Die Hinweise der Werkstofflieferanten sind zu beachten.

Folgende Allgemeine Technische Vertragsbedingungen sind zu beachten:

ATV DIN 18300 Erdarbeiten

ATV DIN 18315 Verkehrswegebauarbeiten, Oberbauschichten ohne Bindemittel

ATV DIN 18316 Verkehrswegebauarbeiten, Oberbauschichten mit Bindemittel

ATV DIN 18317 Verkehrswegebauarbeiten, Oberbauschichten aus Asphalt

ATV DIN 18318 Verkehrswegebauarbeiten, Pflasterdecken und Plattenbeläge in ungebundener Ausführung, Einfassungen

Folgende Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen sind zu beachten:

ZTV A-StB

ZTV BEA-StB

ZTV Pflaster-StB

ZTV SoB-StB

ZTV E-StB

ZTV Ew-StB

ZTV Asphalt-StB

ZTV T-StB

ZTV Fug-StB

ZTV-SA

Folgende Technischen Lieferbedingungen sind zu beachten:

TL Asphalt-StB

TL Pflaster-StB

TL SoB-StB

TL Gestein-StB

TL Min-StB

TL G SoB-StB

TL Fug-StB

6. Abrechnungsfomalitäten

Bei der Abrechnung von eingebautem Material nach Lieferscheinen oder Wiegekarten sind diese der Bauüberwachung unverzüglich - spätestens am Folgetag - zur Anerkenntnis vorzulegen. Nachträglich vorgelegte Liefernachweise werden nicht anerkannt.

Der Schlussrechnung sind alle Aufmaße, Massenberechnungen sowie die Abrechnungszeichnungen, Material- und Wiegescheinlisten beizufügen.